

# Minderjährige Mädchen zur Prostitution gezwungen?



Das Justizzentrum in Aachen: Hier startet am Dienstag der Prozess gegen fünf Männer. FOTO: DPA

Mehrere Männer müssen sich verantworten, weil sie Mädchen in der Städteregion an Freier vermittelt haben sollen. Daneben wird ihnen Erpressung vorgeworfen, eine augenscheinlich perfide Masche.

VON JAN MÖNCH

**STÄDTEREGION** Eine Gruppe Männer aus der Städteregion soll minderjährige Mädchen zur Prostitution gezwungen und in einigen Fällen anschließend die Freier erpresst haben. Wegen dieser Vorwürfe wird Vianney A., Rami H., Nelson K, Leroy G. und Ihab J. ab kommender Woche Dienstag am Aachener Landgericht der Prozess gemacht. Die beiden Erstgenannten hat die Staatsanwaltschaft wegen Zwangsprostitution angeklagt,

alle fünf wegen schwerer räuberischer Erpressung. Sie kommen aus Aachen, Baesweiler und Stolberg. Die Angeklagten sind heute zwischen 20 und 30 Jahren alt.

## Kontakte übers Internet

Die Ermittler sind überzeugt davon, dass der Hauptangeklagte Vianney A. spätestens ab Mai vergangenen Jahres junge Mädchen anwarb, um sie über das Internet an Freier zu vermitteln. Das Geld behielten er und Rami

H. demnach selbst. In mindestens zehn Fällen kam es laut Anklage zum Geschlechtsverkehr, vollzogen in Privatwohnungen in Aachen, Eschweiler und Würselen. Mindestens zwei Mal sollen anschließend die Freier erpresst worden sein. Sie sollten vierstellige Summen dafür zahlen, dass sie im Gegenzug nicht bei der Polizei wegen Geschlechtsverkehrs mit Minderjährigen angezeigt werden.

Betroffen waren nach Erkenntnissen der Ermittler zwei Mädchen, zum Zeitpunkt der Taten 14 und 16 Jahre

alt. Einer der Angeklagten galt zum Zeitpunkt der Taten im juristischen Sinne noch als Heranwachsender, weswegen die 2. große Jugendkammer den Prozess führen wird. Dennoch finden die sieben angesetzten Verhandlungstage öffentlich statt.

Wie die Staatsanwaltschaft unserer Zeitung am Mittwoch bestätigte, laufen gegen mehrere Freier separate Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Zwangsprostitution. Die meisten von ihnen hätten jedoch nicht ermittelt werden können.

# Wie wär's mit einer neuen Grundsteuer C?

Die dringend nötige Steuererhöhung in Baesweiler ist beschlossen. Die Zukunft? Skeptische Ausblicke. Deswegen hat die SPD eine Idee.

VON GÜNTHER VON FRICKEN

**BAESWEILER** Auf die sogenannten „gelben Zettel“ über die Entwicklung der städtischen Finanzen und insbesondere über die Höhe der Steuern und Gebühren hatten die Bürgerinnen und Bürger bislang verzichten müssen. Denn der Stadtrat hat erst in dieser Woche über den Haushalt und damit über die Höhe der Hebesätze entschieden. Einstimmig. Nachdem Bürgermeister Pierre Froesch die Zahlen und Entwicklungen bereits in der Dezember-Ratssitzung vorgetragen hatte, waren nun die Fraktionen mit ihren Haushaltsreden an der Reihe.

„Konnten wir für das Jahr 2022 noch einen deutlichen Überschuss im Jahresabschluss registrieren, ste-

**„Wenn Stadtverwaltung einfach nicht mehr sichtbar ist, dann beschädigt das nachhaltig das Vertrauen in unsere Demokratie.“**

Tobias Römgens,  
Vorsitzender SPD-Fraktion



Die Neugestaltung der Goetheschule (links) und der Friedenschule zählt zu den großen Kostenfaktoren 2024.

FOTO: GÜNTHER VON FRICKEN

hen wir aktuell kurz vor einem Haushaltssicherungskonzept“, betont CDU-Fraktionsvorsitzender Mathias Puhl. Das Defizit: knapp vier Millionen Euro. Eigentlich hätte der Stadtrat nach seinen Worten schon längst die Steuern anpassen müssen. „Wir haben bewusst darauf verzichtet. Die Bürger hatten schon genug Mehrbelastungen durch Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg und den Preissteigerungen zu ertragen. Jetzt ist aber der Zeitpunkt gekommen“, erläuterte Puhl. Konkret: Die Grundsteuer A steigt von 270 auf 320 Punkte, die Grundsteuer B von 460 auf 555 Punkte, die Gewerbesteuer von 440 auf 470 Punkte.

„Vergleicht man unsere Hebesätze mit denen der umliegenden Kommunen, dann stehen wir immer noch sehr günstig da. Auch die Gebühren konnten weitestgehend stabil gehalten werden“, sagte Puhl weiter. Doch klar sei auch, dass der finanzielle Spielraum in naher Zukunft deutlich eingeschränkt sei. Dennoch gebe es viele Projekte, die 2024 fertiggestellt oder auf den Weg gebracht werden. Das neue Rathaus, das erweiterte Feuerwehrgerätehaus in Baesweiler sowie die Modernisierung weiterer Gerätehäuser, das Neubaugebiet Parkstraße, der Ausbau des Radwege-

netzes, ein interkommunales Gewerbegebiet zwischen Setterich und Siersdorf, Schulen.

Im Detail: Erweiterung des Gymnasiums, Überplanung Lehrschwimmbecken sowie Turnhalle Grengracht, langfristige Neugestaltung des Bereichs Friedens- und Goetheschule. Hierfür sei aber eine erhebliche Verbesserung der Kommunalfinanzen von Nöten. „Tricksereien im Haushaltsrecht reichen da langfristig nicht aus. Wir alle müssen dafür eintreten, die strukturelle Unterfinanzierung aller Kommunen zu überwinden. Sollte dies nicht gelin-

gen, dann weiß ich nicht, wie es in naher Zukunft weitergehen soll.“

Eine „bessere Kassenlage besprechen zu dürfen“ hätte sich SPD-Fraktionsvorsitzender Tobias Römgens für seine erste Haushaltsrede gewünscht. Doch leider würden nun in „unserer ohnehin schon sparsamen Stadt Ausgaben nochmals reduziert und die Ausgleichsrücklagen aufgebraucht“. Statt Unterstützung des Landes gebe es „munter delegierte Zusatzaufgaben für Kommunen“. Die Diskrepanz zwischen Verantwortung und finanzieller Ausstattung stellt nach Worten von Römgens eine

ernsthafte Bedrohung für die Fähigkeit der Stadt dar, effektive Selbstverwaltung zu praktizieren und die Dienstleistungen bereitzustellen, die die Bürgerinnen und Bürger erwarten.

„Und wenn eine Gemeinde nur noch die absoluten Basisdienstleistungen erbringt, wenn Vereine nicht mehr unterstützt werden können, wenn Grünflächen nicht mehr gepflegt werden, wenn Schulen verfallen und schimmeln, wenn Stadtverwaltung einfach nicht mehr sichtbar ist: Dann beschädigt das nachhaltig das Vertrauen in unsere Demokratie“,

warmte er. Bei den Zukunftsaufgaben gelte es, intelligente Lösungen finden, um lebenswerte Wohnmöglichkeiten zu bieten. Eine Steuerungsmöglichkeit, um Bauspekulation vorzubeugen, wäre nach seinen Worten die Einführung einer Grundsteuer C, die er für die kommenden Haushalte diskutieren wolle.

Kostenintensiv, aber absolut notwendig seien Investitionen in den Klimaschutz. Abgesehen davon ging er auf ein Dauerthema ein, die Asylpolitik: Er fordert vom Land „frische finanzielle Mittel“. Denn: „Noch weiter wollen wir unsere Hebesätze neunmal nicht erhöhen.“

Rolf Beckers, der Grünen-Fraktionsvorsitzende räumte eine, eine solche Situation in fast 40 Jahren Kommunalpolitik noch nie erlebt zu haben. Nach seinen Ausführungen beträgt das durch eine neue Regelung der Landesregierung geschönte Defizit nicht nur knapp vier Millionen, sondern circa 5,5 Millionen Euro. Und der Blick in die mittelfristige Finanzplanung vom 2025 bis 2027 lasse ihn mehr als „erschauern“.

Beckers sah den Schlüssel für die ausreichende Finanzausstattung der Kommunen in erster Linie beim Bund. Trotz der angespannten Lage gelte es aber in Baesweiler, die gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Deshalb unterstütze seine Fraktion Projekte wie „Soziale Stadt“, „Stadtteilbüro Baesweiler-West“ oder „Haus Setterich“. Bislang zu wenig geschied nach Worten von Rolf Beckers in Sachen „Klimafolgenanpassung“, wo er zum Beispiel die Schaffung weiterer Rückhalte-/Versickerungsflächen forderte. Als wichtige Bausteine eines zukunftsweisenden Mobilitätskonzeptes nannte er „die ausbaufähige Situation der Busanschlüsse und die Förderung des Radverkehrs“ - auch in den finanziell schwierigen Zeiten.

# Bereits Hunderte Unterschriften unter dem Online-Appell

Der beliebte und bestens frequentierte Jugendtreff HOT St. Gertrud in Herzogenrath steht erneut vor dem Aus. Wieder legen Betroffene eine Petition auf.

VON BEATRIX OPRÉE

**HERZOGENRATH** „Wir ersuchen die Stadt Herzogenrath, im Stadtteil Herzogenrath-Mitte - wie in den beiden anderen Stadtteilen Kohlscheid und Merkstein - weiterhin Offene Jugendarbeit in einem festen Haus anzubieten.“ So lautet die eindringliche Bitte in einer Online-Petition, die nach der offiziellen Verlautbarung zur am Jahresende anstehenden Schließung des Freizeitentrums HOT St. Gertrud am Dienstag online geschaltet wurde. Und bereits rege Resonanz findet, rund 600 Unterschriften waren es bis Mittwochnachmittag.

Dieser als Antrag an Bürgermeister Benjamin Fadavian (SPD) formulierte Vorstoß macht auch klar, keineswegs einverstanden zu sein mit einer mutmaßlichen künftigen Konstellation der Jugendarbeit im Stadtteil Mitte: „Eine Lösung in Form einer mobilen und aufsuchenden Jugendarbeit in einem Ladenlokal, kann bestenfalls nur als ein ergänzendes Angebot

zu einer festen Einrichtung mit personalem Angebot akzeptiert werden.“

Bekanntlich steht das ehemalige Büro des für den Zeitraum des integrierten Handlungskonzepts Herzogenrath-Mitte (InHK) installierten Citymanagers an der Kleikstraße 32 nun der mobilen Jugendarbeit (Moja) zur Verfügung. Ein Mietvertrag für drei Jahre, „zur Nutzung durch die Stadt“, wie es in der Verwaltungsvorlage für den jüngsten Jugendhilfeausschuss hieß, ist bereits im vergangenen Jahr abgeschlossen worden. Die Akteure in der offenen Jugendarbeit in Mitte wollen mit ihrem Appell offenbar klare Zeichen setzen, dass Jugendarbeit vor Ort auch weiterhin zweigleisig gefahren werden müsse.

Eine Petition und das HOT - im Jahr 2015 bereits waren betroffene Kinder und Jugendliche aktiv geworden, hatten eine lange Unterschriftenliste an den damaligen Bürgermeister Christoph von den Driesch überreicht und sogar vor dem Rathaus demonstriert. Damals stand der



Montag bis Freitag geöffnet: Das HOT St. Gertrud ist wichtiger Treffpunkt für viele Kinder und Jugendliche im Stadtzentrum. FOTO: KARL STÜBER

Jugendtreff schon einmal auf der Kippe, nachdem der Kirchengemeindeverband (KGV) Herzogenrath/Merk-

stein wegen eines vor allem aufgrund von Personalkosten wachsenden finanziellen Defizits den Kooperati-

onsvertrag mit der Stadt in Sachen offene Jugendarbeit aufgekündigt hatte. Über Monate hinweg wurde in Fol-

ge im politischen und kirchlichen Raum unter anderem über mögliche Grenzen eines neu zu definierenden „Sozialraums Herzogenrath“ diskutiert, die die Stadt gerne auf den Stadtteil Straß und den dortigen, ebenfalls zur Disposition stehenden Jugendtreff ausgedehnt wissen wollte. Schließlich gab es - auf Grundlage eines vom KGV vorgelegten Konzepts - die erlösende Nachricht per Ratsbeschluss, dass beide Treffs fortbestehen können.

Wieder ist der Kooperationsvertrag geplatzt, diesmal in beiderseitigem Einvernehmen. Welche Lösung diesmal - heute wie seinerzeit unter den Vorzeichen begrenzter kommunaler Finanzmöglichkeiten - zieht, ist nun bestenfalls bis Jahresende zu definieren.

Hier geht es zur Petition: [https://www.change.org/p/gew%C3%A4hrleistung-der-offenen-kinder-und-jugendarbeit-in-herzogenrath-mitte?source\\_location=search](https://www.change.org/p/gew%C3%A4hrleistung-der-offenen-kinder-und-jugendarbeit-in-herzogenrath-mitte?source_location=search)